

Zahnärzte fordern mehr Schutz

FRANKFURT. Zahnärzte fordern, Zahnarztpraxen bis auf eine gewisse Notversorgung zu schließen und besser mit Schutzausrüstung zu versorgen. Ein Zahnarzt, der anonym bleiben möchte, sagt, viele Zahnärzte fühlten sich von der Politik im Stich gelassen. Es gebe Studien, nach denen Zahnärzte zu den Hauptrisikogruppen gehören. Sie sind besonders gefährdet, sich an ihrem Arbeitsplatz mit Sars-CoV-2-Viren zu infizieren.

„Die Ärzte, die die Rachenabstriche bei Verdachtsfällen nehmen, sind in voller Schutzmontur. Wir Zahnärzte haben täglich Kontakt mit diesem empfindlichen Bereich.“ Der dünne Papiermundschutz schütze nachweislich nicht gegen das Virus. „Wir brauchen eine klare Ansage seitens der Politik. Es kann nicht sein, dass wir normal weiterbehandeln.“ Es sei unklar, wer schon ansteckend sei und die Patienten gefährde. Eine Lösung könnte sein, eine Notfallversorgung zu organisieren und hierfür die geeignete Schutzausrüstung bereitzustellen.

In Deutschland gibt es 95 000 Zahnärzte, davon sind mehr als 50 000 niedergelassen. Pro Praxis gibt es einen durchschnittlichen Patientendurchlauf von 30 bis 40 Personen. „Da kann man sich vorstellen, was das für eine Infektionsquelle sein kann“, sagt der Zahnarzt. Bei zahnärztlichen Behandlungen verbinde sich der Speichel des Patienten mit Kühlwasser und Luft und werde zu einem Aerosol. Das Virus könne bis zu drei Stunden in so einer Wolke infektiös sein, der nicht nur die Ärzte, sondern auch die Patienten ausgesetzt sind.

Die meisten Zahnarztpraxen arbeiten mit Kassenzulassungen, das bedeutet, dass sie einen Versorgungsauftrag der gesetzlich versicherten Patienten haben, dem sie nachkommen müssen. „Deshalb können wir nicht einfach sagen, wir machen komplett dicht“, sagt der Zahnarzt. Drei seiner Mitarbeiter haben sich krankgemeldet. Ihre Symptome passen zu einer Sars-CoV-2-Infektion, da sie aber keinen direkten Kontakt mit Erkrankten nachweisen können, werde auch kein Test gemacht.

Der Zahnarzt ist nicht allein. Etliche seiner Kollegen hätten sich schon mit Beschwerdebriefen an die Politik gewandt. Am Freitag teilten die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und die Bundeszahnärztekammer in Berlin mit, dass Deutschlands Zahnärzte die Versorgung der Patienten auch bei einer weiteren Ausbreitung des Coronavirus sicherstellten. Patienten, die sich mit Sars-CoV-2 infiziert haben, und solche, die unter häuslicher Quarantäne stehen, würden über ein Kliniknetz behandelt. Dabei handele es sich um Uni-Zahnkliniken, Kliniken mit Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie oder mit zahnmedizinischem Fachbereich. Mit den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen der Länder sei ein Maßnahmenpaket geschnürt worden. JACQUELINE STERNHEIMER

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
21.03.2020, Politik, Seite 7

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2020.
Alle Rechte vorbehalten. [Frankfurter Allgemeine Archiv](#)